

Was geht mich Europa an?

Am 07. Juni diesen Jahres finden in Europa die Wahlen zum Europäischen Parlament statt und viele Bürgerinnen und Bürger fragen sich, wie wichtig diese Wahlen sind. Thomas Händel, Bayrischer Kandidat zu den Europawahlen für DIE LINKE, stellte sich dieser und anderer Fragen am 21. April in Hassfurt.

„Hast du einen Opa, so schick ihn nach Europa...“ witzelte der Europakandidat, der auf einem aussichtsreichen 4. Platz der Bundesliste DER LINKEN steht. Er sei zwar Opa, aber das ist für ihn nicht der Grund, in das Europäische Parlament zu gehen. Thomas Händel als 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Fürth weiß, dass vieles, was die Gewerkschaften umtreibt, mit Europa zu tun hat. Das EU-Parlament beschließt Gesetze, die als Richtlinien für alle EU- Staaten gelten, z.B. Arbeitszeitrichtlinien oder auch Richtlinien für Mindestlöhne. 60 % der Gesetze, die im EU- Parlament entstehen, haben Auswirkungen auf jeden einzelnen EU-Bürger. Wenn die derzeitige EU- Verfassung, der so genannte Lissabon- Vertrag, Gültigkeit erlangt, dann bindet diese Verfassung die EU- Staatengemeinschaft.

DIE LINKE steht für ein Europa ein, in der alle Menschen selbstbestimmt und solidarisch miteinander leben können. Das bedeutet, dass dieser Lissabon- Vertrag weg muss, denn er enthält z.B. eine Verpflichtung zum ständigen Ausbau der militärischen Kapazitäten und den Militäreinsatz auch außerhalb der EU. Im Lissabon- Vertrag sind keine sozialen Mindeststandards festgelegt, ja er zielt darauf ab, dass vorhandene gute soziale Bedingungen in einzelnen EU- Staaten auf ein schlechtes Niveau herabgedrückt werden, im Namen der „Wettbewerbsfähigkeit“ im Interesse des Kapitals.

In der lebhaften Diskussion, in der auch der im Landkreis zunehmende Rechtsextremismus zur Sprache kam, wurde deutlich, dass der Bayrische Europakandidat aus Fürth Thomas Händel mitten im Leben steht, kompetent, selbstbewusst und engagiert seine Ziele als künftiger Europaabgeordneter der Linken Fraktion erläutert und sich für soziale Gerechtigkeit, den weltweiten Frieden und die demokratische Teilhabe der Menschen einsetzt.